



Handelsblatt Energie Briefing

von Klaus Stratmann

Freitag, 23. September 2016

die Kombination aus rasantem Ausbau der erneuerbaren Energien und stockendem Ausbau der Netze entwickelt sich zu einer tickenden Zeitbombe: Der Übertragungsnetzbetreiber Tennet kündigt an, er werde die Netzentgelte zum Jahreswechsel um 80 Prozent erhöhen, und zwar auf der Höchstspannungsebene von 1,09 Cent auf 1,95 Cent je Kilowattstunde, für die Umspannung von Höchst- auf Hochspannung von 1,16 Cent auf 2,07 Cent. Das sind beeindruckende Werte. Sie werden sich beim durchschnittlichen Drei-Personen-Haushalt in einer Erhöhung der Netzentgelte um rund 30 Euro pro Jahr niederschlagen.

Das Interessante an der Nachricht: Die Erhöhung ist nur zu einem Bruchteil auf den Ausbau der Netze zurückzuführen. Laut Tennet gehen nur fünf Prozent des Anstiegs auf das Konto des Netzausbaus. Für 95 Prozent des Anstiegs sind dagegen die Kosten der netzstabilisierenden Maßnahmen ausschlaggebend. Das heißt: Es wird immer teurer, Windmüller für das Abregeln ihrer Anlagen zu entschädigen und in den Betrieb von Kohle- und Gaskraftwerken einzugreifen, um das Netz mit Mühe und Not stabil zu halten und einen Blackout zu verhindern.

Bereits heute summieren sich die Kosten für die Notmaßnahmen zur Netzstabilisierung auf einen Betrag von rund einer Milliarde Euro pro Jahr, eine Vervielfachung dieser Kosten innerhalb der nächsten Jahre wurde in den vergangenen Monaten immer wieder vorausgesagt. Tennet beweist nun,

dass der starke Anstieg nicht mehr aufzuhalten ist.

Was kann die Politik daraus lernen? Die bisherigen Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus waren möglicherweise noch nicht ausreichend. Zugleich ist es richtig, dass mit der jüngsten Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) über die Umstellung auf ein Ausschreibungsverfahren endlich eine wirksame Mengensteuerung beim Ausbau von Windparks und Photovoltaikanlagen zum Tragen kommt. Und es wird höchste Zeit, die Netzentgelte bundesweit zu vereinheitlichen. Es kann nicht sein, dass sich hohe Netzentgelte im Standortwettbewerb nachteilig auswirken. Der Norden und der Nordosten Deutschlands, wo die Übertragungsnetzbetreiber wegen des starken Zubaus von Windkraftanlagen besonders häufig in den Netzbetrieb eingreifen müssen, hätte das Nachsehen.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende

Klaus Stratmann

Teamleiter Wirtschaftspolitik/ stellv. Büroleiter Ressort Politik